Donnerstag, 24. November 1921 • 69. Jahrgang Nr. 541

# Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 30 Pf.

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen und Anhalt M 2.30 wöchentlich, M. 10.— monatlich im voraus zahlbar; bei Postbezug: monatlich M. 10.— und vierteljährlich M. 30.— einschliesslich Zustellung. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks haben unsere Bezieh. kein. Anspr. auf Nachlieferung od. Erstattung des entspr. Entgelts. Insertionspreis die Zeile M 6.—; Familien-Anzeigen für Abonnenten M. 2.— die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort M. 1.—, das fettgedruckte Wort M. 2.—. – Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Strasse 46—49. Fernsprecher: Zentrum Nr. 10131—10144; für den Fernverkehr Nr. 14267—14269. Telegramm-Adresse: „Vauzet", Berlin. Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Str. 67-68, Wiener Strasse 1-6, Frankfurter Allee 266, Frankfurter Allee 846, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstrasse 9, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Rheinsberger Str. 79, Fennstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthaler Strasse 48, Rathenower Str. 8, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 33, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 59, Blücherstr. 69, Fidicinstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39, Nürnb. Str. 25-26, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Str. 247-48; Pankow: Bornholmer Str. 1, Schulstr. 28; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Strasse 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weissensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schlossstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 42; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Strasse 23; Spandau: Breite Strasse 47; Stettin: Paradeplatz 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

## Narrenparadies.

Von
**Carl v. Ossietzky.**

„. . . meiner Ansicht nach ist die einzige Form, in der Deutschland im eigenen Interesse und im Interesse aller anderen Parteien seine Verpflichtungen praktisch erfüllen kann, das jüngst geschlossene Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich, das den wirklichen Schaden durch Sachleistungen wieder gutmachen will. Wir leben im Paradies eines Narren, wenn wir glauben, daß die Erzwingung der Zahlungen an unser Land uns einen Nutzen bringen wird. Aber wir sind ebensolche, wenn wir glauben, daß wir etwas von dem Gelde zurückerhalten, das unsere Alliierten uns auf dem Papier schulden." Diese sehr vernünftigen Worte hat vor etwa anderthalb Wochen Herr Asquith, der Führer der oppositionellen Liberalen gesprochen. Vor einigen Monaten noch waren solche Aeußerungen in England sehr häufig. Keynes machte Schule, und die große Septemberrede des Ministers Churchill mit dem bekannten weltpolitischen Aspekt bedeutete eine tiefe Verbeugung vor dieser Richtung. Dann kam das Wiesbadener Abkommen, und der britische Löwe zog sich gekränkt in seine Höhle zurück. Herr Asquith ist wohl der erste prominente Politiker, der wieder daran erinnert, daß weder die wenig hoffnungsvollen Verhandlungen mit Sinnfein und Ulster noch das Arbeitslosenproblem allein den politischen Horizont ausfüllen, sondern daß die großen internationalen Fragen, die seit Versailles zur Debatte stehen, noch immer der Beantwortung harren. Daß sie aktuell bleiben, auch wenn sich die englische Oeffentlichkeit vorübergehend für andere Dinge interessiert. Oder so tut. Wie z. B. für Washington.

Auch die beiden Haager Konferenzen wurden mit sehr viel journalistischem Tamtam präludiert. Aber selbst damals war die innere Skepsis, mit der die Vertreter der großen und führenden Staaten erschienen, kaum stärker als diesmal. Wir haben von der Botschaft des Präsidenten Harding an immer wieder darauf verwiesen, daß es der seit Wilsons Abgang die Vereinigten Staaten regierenden Parteigruppe ohne Zweifel nicht an gutem Willen fehle, das Problem der Abrüstung energisch anzupacken und Vorschläge zu machen, die der antimilitaristischen Stimmung der Nachkriegszeit irgendwie entgegenkommen. Das war sicherlich Amerikas Absicht. Es war gern bereit, sein Möglichstes zu tun. Aber es hatte doch die Absicht, so gleichsam nebenbei den japanischen Imperialismus auf trockene Weise zu erledigen. Amerikas Macht und wirtschaftlicher Einfluß sind überragend; auch ohne ein paar Dutzend gepanzerter Kähne kann der Yankee, der Bankier der Welt, unbequeme und großsprecherische Rivalen zur Räson bringen. Das kleine Japan hat aber eigentlich nicht viel mehr als territoriale Aspirationen ohne rechte reale Unterlage und eine ansehnliche Militärmacht. Ein Soldatenstaat, der auf die Sendung wartet, die ihn zu Höherem berufen soll. Ein armer Staat, der Militarismus als nationale Industrie betreibt, und die Welt (des Ostens) nach dem bekannten Wort als die Auster betrachtet, die ihm sein Schwert einmal öffnen wird. Natürlich durchschaute Japan sofort den Trick, und sträubte sich gegen die Beschickung der Konferenz mit den wohlbekannten, bizarren Gliederverrenkungen seiner Groteskkänzer, die von seinen Künstlern auf unendlich vielen farbigen Blättern festgehalten worden sind. Es war in der Tat eine wenig beneidenswerte Situation für die gelben Diplomaten. Wenn alle von ihren Opfern sprechen, da kann der eine sich nicht ausschließen, ohne moralisch erdrückt und von der ganzen übrigen Welt als Friedensstörer gebrandmarkt zu werden. Wir glauben gern der Mitteilung des Herrn Barzini, daß die japanischen Delegierten in der Eröffnungssitzung der Konferenz, als der Staatssekretär Hughes mit einem, an den heutigen Verhältnissen gemessen, wirklich ziemlich weitgehenden Abrüstungsvorschlage für die Seestreitkräfte herausrückte, ein Bild des ärgsten Jammers boten. Heute können sie die Schlauköpfe wieder hochtragen. Sie haben Sukkurs erhalten. Der moralische Druck ist illusorisch gemacht worden. Europa ist in die Bresche gesprungen, Europa hat dafür gesorgt, daß alle Abrüstungsideen bis auf weiteres Theorie bleiben, gut genug für Doktordissertationen akademischer Weltfremdlinge.

Herr Briand hat das zerbrechliche Gefäß der Hoffnungen demoliert. Dabei hat er ohne Zweifel sehr „wirkungsvoll" gesprochen. Er kann das ja. Die harte Drommete der Schlacht liegt ihm ebenso gut wie die weiche Pansflöte, die all das gutgläubige Getier ködert. Er war auch klug genug, sich in Washington nicht allein auf die Fanfare festzulegen. Er vermied schroffe Töne, wie sie einst die weniger günstig instrumentierte deutsche Delegation im Haag beliebt hatte. Frankreich soll nicht als der Sündenbock dastehen, als der rauhe Marsjünger, der die Befriedung der Welt verhindert, nur weil er sich keinen anderen Zustand vorstellen kann und nichts anderes gelernt. Es galt, ein deutliches Nein zu sagen, ohne das Odium des Neinsagers auf sich zu nehmen. Das war vorauszusehen, mußte sich aus der ganzen Linie der französischen Politik ergeben. Herr Briand hat diese Aufgabe mit Geschick gelöst und damit die ganze Konferenz auf das Niveau eines Frühstückklubs herabgedrückt. Er gab ein reich bewegtes Freskogemälde der Gefahren, die Frankreich von Deutschland bedrohen. Er bestritt emphatisch, daß Frankreich den Hintergedanken hege, in der militärischen Hegemonie die Erbschaft des alten imperialistischen Deutschlands anzutreten. Dazu ist ganz kühl zu sagen, daß es sich hier nicht um einen „Hintergedanken" handelt, sondern um eine längst vollzogene Tatsache, die in dem Augenblick automatisch eintrat, als die deutschen Heere über den Rhein zurückfluteten. Die militärische Hegemonie Frankreichs ist keine versteckte Ambition, die Herrn Briand und seinen Unschuldslämmern von den deutschen Wölfen importiert wird und keine Fiktion eraltierter Teutonenhirne. Sie besteht seit drei Jahren und ist England und Italien wohlbekannt und ein Gegenstand äußerster Sorge. Gerade wir haben das zeitweilige Uebergewicht eines stimmungsmäßigen Militarismus in Deutschland aufs schärfste bekämpft und es unwürdig und lächerlich genannt, den Bramarbas zu spielen, den Eisenfresser, dem die Waffen entwunden. Und es läßt sich nicht leugnen, daß trotz aller künstlichen Aufregung gegenwärtig eine gewisse Besinnung in Deutschland eingezogen ist und die nationalistischen Agitatoren häufiger als sonst vor halbleerem Saale ihre muskulösen Stimmbänder wippen lassen müssen. Es gibt kein besseres Mittel, um die junge Saat zu zerstören, als es Herr Briand anwandte. „Wir haben unsere Waffen hergegeben, und die andern denken nicht daran," so wird es wieder grimmig und verbissen wie in den Blütetagen Escherichs heruntergebetet werden. Das offizielle Frankreich ist krankhaft mißtrauisch; es sieht im Antlitz Deutschlands immer nur die martialischen Grimassen, aber nicht die tiefen Kummerfalten. Es sieht die Renommiersäbel unverantwortlicher Schwadroneure, aber es versteht nicht, in den Augen verhärmter Mütter und sorgenvoller Männer den Wunsch nach Frieden zu lesen. Es wiegt sich im Wohlgefühl der militärischen Vorherrschaft in Europa und denkt auch gar nicht daran, sie höheren Interessen zu opfern, ebensowenig wie Japan seine Position in Ostasien, — nur daß es, psychologisch besser geschult, nicht ein so saures Gesicht machte, sondern seinen ablehnenden Standpunkt mit gleißenden rhetorischen Floskeln verbrämte. Wir kennen diesen französischen Standpunkt zur Genüge aus Ministerreden, Noten, Ultimaten, von Versailles, Spaa und London. Wir sind deshalb über Weise und Text nicht weiter überrascht. Und dennoch, diese feierliche Proklamierung nationaler Ichsucht durch den Sprecher Frankreichs da drüben jenseits des Ozeans, in der neuen Welt, erschüttert. Briands begeisterter Hymnus auf sein Vaterland war ein Plaidoyer für die Zertrümmerung Europas.

Und was wird sonst noch werden in Washington? Hat irgendeiner der vielleicht noch kommenden Beschlüsse irgendwelche Bedeutung, nachdem die Rede Briands „im Augenblick keinen ermutigenden Ausblick auf die Lösung der Frage der militärischen Rüstungen gegeben hat", wie sich der alte Herr Balfour vorsichtig genug ausgedrückt hat. Chinas Unverletz-

# Kampf gegen den Wucher.

### Ein neuer Erlaß Severings. – Besondere Aufgaben der Schutzpolizeibeamten. – Appell zur Mithilfe an die rechtlich Denkenden aller Volkskreise.

Der preußische Minister des Innern, Severing, hat unter dem Datum des 23. November einen Erlaß an die Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten herausgegeben, der — wenn er richtig befolgt wird — eine leidliche Waffe gegen den Wucher darstellen kann. Die Hauptzüge des Erlasses geben wir im Folgenden wieder. Die Redaktion.

Es ist Pflicht der Polizei, der weiteren wucherischen Ausbeutung der ohnehin unter der wirtschaftlichen Lage schwer leidenden Bevölkerung entgegenzutreten und auch die reellen Erzeuger und Händler vor Mißdeutungen und Angriffen dadurch zu schützen, daß die schamlosen Wucherer und Schieber aus ihren Kreisen entfernt werden. Ich ersuche daher, den Erlaß meines Herrn Amtsvorgängers mit aller Entschiedenheit unter Anspannung der gesamten Polizei zur Durchführung zu bringen, insbesondere auch die angeordnete Mitwirkung der Schutzpolizei, in der sich viele auf Grund ihrer früheren Tätigkeit für diese Aufgaben geeignete Kräfte befinden, planmäßig auszugestalten und zu steigern. Die Beamten der Schutzpolizei werden in noch weiterem Maße herangezogen werden können, als dies in dem Erlaß vom 14. September 1921 vorgesehen ist; sie werden mit bestimmten Anweisungen zur Feststellung offenkundiger Wucherfälle zu versehen sein, ferner zweckmäßige Verwendung finden können, wenn es sich um die Erfassung von Warenbeständen handelt, die bei Erzeugern oder Händlern in der Absicht der Preissteigerung zurückgehalten werden.

**Die mit Ermittlungen in Ladengeschäften beauftragten Beamten sollen allerdings in möglichst unauffälliger Weise einschreiten, so daß jede Aufregung des Publikums gegen die Ladeninhaber durch die polizeiliche Maßnahme selbst vermieden wird, andererseits aber mit der nötigen Bestimmtheit gegenüber dem Inhaber vorgehen, so daß eine völlige Klarstellung des Verhältnisses seiner Einkaufspreise zu den geforderten Verkaufspreisen erreicht wird.**

Ergeben sich Zweifel hinsichtlich der Indentität der zum Verkauf gestellten Ware mit der durch Einkaufsbelege nachgewiesenen, herrscht also der Verdacht, daß für ältere, zu niedrigeren Preisen erstandene Ware Einkaufsbelege aus jüngerer Zeit mit höheren Preisen vorgewiesen werden, so erscheint eine gründliche Geschäftsrevision durch berufene Kräfte unter Hinzuziehung von Vertrauensleuten aus Kreisen des reellen Handels geboten. Falls die Einkaufspreise der Kleinhändler in ihrer Höhe zu Bedenken Anlaß geben, sind die Ermittelungen gegebenenfalls unter Abtrennung des mit größter Beschleunigung zum Abschluß zu bringenden und alsbald der Staatsanwaltschaft zuzuführenden Verfahrens gegen den Kleinhändler — auch gegen die Vorbesitzer der Ware bis zum Erzeuger oder Importeur — zu erstrecken. Bei diesen weitergehenden Ermitelungen ist auch auf den Gesichtspunkt der Zurückhaltung der Waren in der Absicht der Erzielung eines übermäßigen Gewinnes zu achten. In solchen Fällen sind etwa noch am Lager befindliche Vorräte rücksichtslos zu beschlagnahmen und der alsbaldigen Verwendung zuzuführen.

Von besonderer Bedeutung ist es, daß die gesetzlichen Bestimmungen gegen den Wucher nicht nur in den Großstädten scharf gehandhabt werden.

Auch bei dieser Gelegenheit bringe ich die gesetzlichen Bestimmungen, die die Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel bezwecken, erneut in Erinnerung.

**Endlich weise ich darauf hin, daß von den mit der Wucherverfolgung befaßten Behörden auch die tatkräftige Hilfe aller rechtlich denkenden Kreise des Volkes in Anspruch genommen werden muß. In diesem Sinne müssen vertrauenswürdige Vertreter der Erzeuger, unter ihnen der Landwirte, ferner der Händler und der Verbraucher in weitem Umfange zur Mitarbeit herangezogen worden. Der Verbraucher vollends hat bei seinen täglichen Einkäufen am ehesten Gelegenheit, auffällige Preissteigerungen festzustellen. Allen solchen Anzeigen ist mit Eifer nachzugehen.**

Andererseits ist allen Akten der Selbsthilfe der Verbraucher vorzubeugen und gegebenenfalls insbesondere allen Plünderungen von Geschäften schnell und mit Nachdruck entgegenzutreten; durch hinreichenden und zeitigen Einsatz von Schutzpolizei muß die Sicherheit der Verkaufsstätten und der Inhaber unbedingt gewährleistet werden.

### Die miserable Kartoffelversorgung.

**Aus dem Reichstagsausschuß.**

Im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags wurden bei Beratung des von Frau Agnes (U. Soz.) und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs über die Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln die Mängel der Kartoffelversorgung, besonders in den industriellen Gebieten, zur Sprache gebracht. In der Debatte wurde u. a. auf den schädigenden Einfluß der Ausfuhr von Kartoffeln hingewiesen, jedoch gleichzeitig bemerkt, daß diese einen beträchtlichen Umfang wohl keineswegs angenommen habe. **Auch wurde der Mißstand beklagt, daß es den Verbraucherorganisationen und Erzeugern unmöglich wäre, Waggons zu bekommen, während der Handel solche Waggons in genügender Weise erhalte.** Staatssekretär Huber gab namens der Regierung eine Erklärung ab, wonach sofort die Verordnung zur Einschränkung des wilden Aufkaufwesens hinausgehen wird. Es sind die mit Landwirten, Händlern und Verbrauchern geführten Verhandlungen über die Maßnahmen zur Eindämmung der übertriebenen Preisentwicklung zum Abschluß gekommen. **Die Richtlinien für die Preisbemessung sind festgestellt. Auf Grund dieser Richtlinien werden unverzüglich Kommissionen aus Landwirten, Händlern und Verbrauchern unter amtlicher Leitung und, wenn möglich, unter Zuziehung von Beamten der Staatsanwaltschaft die für ihre Bezirke angemessenen Preise festsetzen.**

Heute ist Weiterberatung.

## Schnelldienst

**Im preußischen Landtag kam es anläßlich der Weiterberatung über die Geschäftsordnung in einer neuen Nachtsitzung zu großen Radauszenen.**

Der Präsident der Handelskammer, Franz v. Mendelssohn, ist zum Präsidenten des deutschen Industrie- und Handelstages gewählt worden.

General Nollet besichtigte gestern in Begleitung mehrerer französischer Offiziere die Anlagen der Deutschen Werke A.-G. in Erfurt.

Marschall Foch verläßt am 14. Dezember Washington, um nach Paris zurückzukehren. Diese Tatsache läßt den Schluß zu, daß mit dem Konferenzende um den 15. Dezember herum zu rechnen ist.

In Triest sind in der Arbeiterschaft Unruhen ausgebrochen; es haben Straßenkämpfe stattgefunden.

Nach der „Chicago Tribune" soll in der zweiten Januarwoche der Oberste Rat zusammentreten, um die kleinasiatische Frage zu erörtern und eine Verständigung über die Verteilung der ersten deutschen Milliarde zu versuchen.

Der tschechische Bahnverkehr mit Ungarn wurde im ganzen Umfange, wie vor der Mobilisierung, wieder aufgenommen.

Die Finanzkrise, die die chinesische Regierung beunruhigte, konnte vorläufig durch Zahlungen behoben werden, die von den Militärgouverneuren in den Provinzen eingezogen wurden.

An der mexikanischen Grenze gelang es vier Amerikanern, den berüchtigten Bandenführer Chisela zu verhaften. Da ihnen jedoch nicht rechtzeitig Hilfe seitens der Regierungstruppen zuteil wurde, gelang es den Anhängern des Banditen, diesen wieder zu befreien.